

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Bayern
Der Landesgeschäftsführer

BayernSPD * Landesverband * Oberanger 38/II * 80331 München

Herrn
 Sascha Jung
 Möhlstraße 21

81675 München

München, den 27. Januar 2006

Sehr geehrter Herr Sascha Jung,

der SPD-Landesvorstand hat am 27. Januar 2006 folgenden Beschluss gefasst:

Sofortmaßnahme gegen Sascha Jung

Der Vorstand des SPD-Landesverbandes Bayern beschließt gemäß § 18 Abs. 1 der Schiedsordnung:

1. Für die Dauer von drei Monaten, beginnend mit dem Zeitpunkt der Zustellung dieses Beschlusses, wird das Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft des Mitglieds Sascha Jung angeordnet.
2. Dieser Beschluss ist der Landesschiedskommission Bayern zuzustellen.

Begründung:

Sascha Jung ist langjähriges Mitglied der SPD. Er trat der Partei 1990 bei und bekleidete in den 90er Jahren die Funktion des Vorsitzenden der Jusos Leipzig.

Während dieser Zeit ist 1993 ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn betrieben worden (BSK 7/1993/P). Ihm wurde vorgeworfen wegen seiner Mitarbeit für den "Hofgeismarer Kreis", gegen die Grundsätze der Partei verstoßen zu haben. So hat er den "Aufruf zur Gründung eines Vereins zur Förderung des nationalen Gedankens und der Solidarität der deutschen Jugend" unterstützt. Die Bundesschiedskommission erkannte gegen Sascha

Jung darauf, ihm das Recht zur Bekleidung jeglicher Funktionen gem. § 11 Absatz 1 damaliger Fassung des Organisationsstatuts für ein Jahr abzuerkennen. Mit Blick auf einen damals gewonnenen "Paten" zur Diskussion und Auseinandersetzung mit der Diktatur des Nationalsozialismus und sein junges Alter wurde von einer härteren Sanktion abgesehen.

Sascha Jung ist heute Mitglied und Pressesprecher der Burschenschaft Danubia in München.

Die Danubia gehört dem Dachverband der Deutschen Burschenschaft an.

Sascha Jung tritt als Pressesprecher der Danubia in der Öffentlichkeit auf, seine SPD Mitgliedschaft ist ebenfalls öffentlich bekannt. Offenbar hat er aus dem früheren POV nichts gelernt.

Durch die Mitgliedschaft in der Burschenschaft Danubia und die herausgehobene Tätigkeit für sie hat Sascha Jung der SPD schweren Schaden zugefügt.

Dabei ist der Schaden nicht etwa zivilrechtlich zu verstehen, sondern politisch, als Beeinträchtigung des Ansehens der Partei in der Öffentlichkeit, Gefährdung ihrer Kampagnenfähigkeit oder ihres inneren Zusammenhalts und die Beeinträchtigung ihrer Glaubwürdigkeit.

Die Traditionen und Grundsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind mit den Aktivitäten und Ideologien der Deutschen Burschenschaft nicht vereinbar.

Die Programmatik der DB wird von der "Burschenschaftlichen Gemeinschaft" bestimmt und ist eindeutig biologisch, völkisch und großdeutsch ausgerichtet.

Dies hat der Parteivorstand in seinem Beschluss vom 16. Januar 2006 eindeutig so festgestellt.

Unsere Partei, die selbst vom Anfang des Naziregimes an unter schwerster Verfolgung zu leiden hatte, hat stets nach innen und außen deutlich gemacht, dass die konsequente Gegnerschaft zum Rechtsextremismus zu ihren elementaren Grundsätzen gehört.

Durch die gleichzeitige Mitgliedschaft in der SPD und einer zum rechtsextremistischen Spektrum gehörenden Burschenschaft wird diese klare Grenzziehung in Zweifel gezogen und dadurch die Partei geschädigt.

Die herausgehobene Tätigkeit von Sascha Jung für die Burschenschaft Danubia und der Beschluss des Parteivorstandes vom 16. Januar 2006, in dem die Unvereinbarkeit der Grundsätze und Traditionen der Sozialdemokratie mit der Ideologie der Deutschen Burschenschaft festgestellt wird, machen ein schnelles Eingreifen durch die Verhängung einer Sofortmaßnahme notwendig.

Mit dem Beschluss hat der Parteivorstand klargestellt, dass es ein dringendes Anliegen der gesamten Partei ist, sich jetzt schnell und effektiv gegenüber einer Burschenschaft, die dem Dachverband der Deutschen Burschenschaft angehört, abzugrenzen. Die Partei würde unglaublich, wenn sie die Fortsetzung der Aktivitäten von Sascha Jung für die Burschenschaft Danubia trotz dieser eindeutigen politischen Festlegung ungeahndet ließe.

Bereits jetzt ist es zu einer schweren Beeinträchtigung der politischen Stellung der Partei und einer Schädigung ihres Ansehens und ihrer Glaubwürdigkeit gekommen. Durch die andauernde Berichterstattung in der Presse in diesem Zusammenhang ist es notwendig, dass die Partei schnell handelt und so eine Zunahme des Schadens für die Partei verhindert werden kann.

Um weiteren Schaden von der Partei abzuwenden, ist daher eine deutliche Distanzierung von Sascha Jung erforderlich, die nur darin bestehen kann, das Ruhen aller seiner Rechte aus der Mitgliedschaft für die Dauer von drei Monaten anzuordnen.

Gerade unter der Berücksichtigung dieses konkreten Einzelfalles kommt eine mildere Reaktion seitens der Partei nicht in Betracht.

Der Beschluss wird den betroffenen Gliederungen (Ortsverein, Unterbezirk, Landesverband) zur Kenntnis gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter Adler